

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlagsgesellschaft
Herausgeber: Auer Verlagsgesellschaft
Redaktion: Auer Verlagsgesellschaft
Telegraphische Anzeiger-Nr. 229

Verlag: Auer Verlagsgesellschaft
Herausgeber: Auer Verlagsgesellschaft
Redaktion: Auer Verlagsgesellschaft
Telegraphische Anzeiger-Nr. 229

Nr. 229

Sonnabend, den 30. September 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Die Verhandlungen über die Erhöhung der Grundgehälter der Beamten sind gestern im Reichsfinanzministerium fortgesetzt worden und werden am 2. Oktober mittags wieder geführt.

Der Reichsbankpräsident für die dritte Septemberwoche zeigt eine weitere Zunahme der papierernen Zahlungsmittel um 19,1 Milliarden Mark.

Wie gemeldet wird, hat die Reparationskommission beschloffen, dem Schwarzwechsel-Abkommen zuzustimmen.

Remal gab auf die Note des englischen Oberkommissars Harrington über die Zurückziehung der türkischen Truppen aus der neutralen Zone eine ausweichende Antwort.

Der Dollar notierte heute Nachmittag in Berlin vorüberlich mit 1640.

Die große Not.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Wenn die deutschen Parlamente jetzt ihre Herbstarbeit wieder aufnehmen, so findet in ihnen die große Wirtschaftsnote, in die wir hineingeraten sind, ihren Widerhall. Der preussische Landtag hat bereits gestern mit der Notstandsdebatte begonnen. Aber es ist ein verhängnisvoller Irrtum, wenn man glaubt, daß der Dollar mit Notwendigkeit und die Wirtschaftsnote durch Resolutionen behoben werden könnte. Auch wohlmeinende Reden nützen nichts, wenn sie von mangelnder politischer und wirtschaftspolitischer Einsicht getragen sind. Soeben hat der Reichstag über die Not in Sachsen über die Tragödie des Mittelstandes gesprochen. Diese Tragödie ist seit langem bekannt, und wenn es sich insbesondere die Notlage der geistigen Arbeiter betont, so spricht er damit eine alte Waise wahrheitsgemäß aus. Was aber weiß der große Selbstschutzmännchen an politischen Vorschlägen für die Hebung der Not anzuführen? Sein einziger Vorschlag ist der, daß man radikal mit der Erfüllungspolitik Schluss machen solle. Die Reichsregierung hat bekanntlich ihre Erfüllungspolitik nach dem Stande unserer Leistungsfähigkeit oder vielmehr ihres Gegenteils mobilisiert. Aber man höre doch endlich auf, dem Volke vorzuerzählen, daß alles wunderbar wäre, hätte die Regierung von vornherein jede Erfüllungszusage verweigert. Wer das behauptet, der ist entweder ein Ignorant oder ein bewußter Demagoge. Wenn feinerzeit die Zustimmung dem Londoner Ultimatum verlangt worden wäre, so hätten die Franzosen das Ruhrgebiet besetzt. Sie hätten damals dazu die englische Einwilligung. Das Schicksal der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort beweist, daß die Franzosen auch heute noch im Ruhrgebiet sitzen. Seit anderthalb Jahren wäre das wichtigste Industriegebiet in den Händen der Feinde. Ueber die Kohle verfügten nicht die deutschen Unternehmer sondern die französischen Kommisars. Deutschlands Wirtschaft läge heute jämmerlich darnieder. Der Dollar stände wahrscheinlich auf 10 000, und wegen Kohlenmangels würde die Industrie nicht einmal ansehnlichen Ruhestand für den Export nutzbar machen. Millionen von Arbeitslosen würden die Städte bedrücken, und bei den dann noch viel höher gestiegenen Lebensmittelpreisen würden Hunger und Unruhe nicht abreißen. Jetzt verlangen Charlatane, daß wir nichtträglich diese Wirkungen noch durch eine bräutliche Erklärung an die Adresse der Entente herbeiführen sollen. Welche Folgen das gerade für den Mittelstand und die geistigen Arbeiter haben würde, davon dümmert der Eiferer und Genossen offenbar kein Schimmer auf.

Die Verantwortungslosigkeit von rechts wird leider aber durch eine schlimme Unachtsamkeit von links unterstützt. Für die Sozialdemokratie ist die ganze Wirtschaftsnote nur ein Konsumentenproblem. Die Kommunisten geben sogar noch einen Schritt weiter. Sie verlangen die Beschlagnahme aller Lebensmittel und Wohnungen für die arbeitende Bevölkerung. Das ist mit einem solchen Ruhestand binnen kurzem die ganze Erzeugung gestört und damit die Arbeiter dem Hunger ausgeliefert hätten, über die Ursache solcher wirtschaftlichen Unruhen nicht. In Wahrheit ist die Wurzel des Übels der Mangel an Ware. Wir haben zu wenig Lebensmittel, zu wenig Kohle, zu wenig Rohstoffe. Der Mangel hinter die Rückfrage. Wir gli alle den Mangel zu beheben. Man muß es begreifen, daß dieser Kern des Problems richtig erkannt wird in der großen Notlage, die die Demokratie

Reaktion des besetzten Landtages jetzt gestellt hat. In ihr wird das Staatsministerium auch gefragt, ob es die nötige Unterstützung darüber verbreiten wird, daß durch eine künstliche Niederhaltung gewisser Preise der Not unseres Volkes nur ganz vorübergehend und nur schäblich gesteuert werden kann, und daß nur durch eine Steigerung der Arbeitsleistung jedes einzelnen und durch Intensivierung der Wirtschaft der völligen Beendigung unseres Volkes wirksam begegnet werden kann. Im einzelnen gibt dann die demokratische Anfrage wichtige Fingerzeige für praktische Wege.

Das Schlimme bei der Behandlung des ganzen Steuerungsproblems ist, daß die Parteien ihm mit großer Einseitigkeit gegenüberstehen. Der Arbeiter schilt auf den Unternehmer. Der Unternehmer auf den Arbeiter. Stadt und Land machen sich wechselseitig Vorwürfe. Bei diesem Kampf aller gegen alle kommt gar nichts heraus. Soll es besser werden, so müssen sämtliche Kreise des Volkes sich einer Umkehr befleißigen. Zunächst ist es vollendeter Wahnsinn, wenn wir im Monat für 27 Milliarden mehr ein- als ausführen. Neueste Beschränkung im Lebensgenuss ist daher geboten. Es ist verbrecherisch, wenn Deutsche ihr Geld in fremder Währung anlegen und ohne Not neue Devisen kaufen. Die Regierung hat hier allerdings insofern eine gewisse Mitschuld, als sie den Devisenhandel nicht rechtzeitig in seine Bedarfsregeln verwies hat. Es ist Wahnsinn, wenn wir im Juli 500 000 Tonnen und im August 1 500 000 Tonnen englischer Kohle einführten mühten. Indem sich die Bergarbeiter solange weigerten, das Ueberschichtenabkommen zu erfüllen, schabten sie sich und ihren Klassenossen auf schmerzhafte am eigenen Leibe. Die Kommunisten werden mitschuldig an der Preissteigerung, wenn sie immer wieder die Durchführung des Ueberschichtenabkommens hindern und damit Deutschland zum Bezug englischer Kohle zwingen. Unsere Erzeugung muß auf allen Gebieten gesteigert werden. Insbesondere aber für Kohle und Brot. Darum fordern die preussischen Demokraten vor allem auch die Intensivierung der Landwirtschaft insbesondere durch eine unverzügliche wirklich großartige Ausschüttung der Moore und Debländereten, um neues Ackerland zu gewinnen. Neben diesen großen Aufgaben dürfen natürlich die Kleinen nicht vergessen werden. Rentner, Kinderreiche, Qualitätsarbeiter und Familienväter bedürfen besonderer Berücksichtigung. Nur wenn wieder ein Gemeinwohl im deutschen Volke erwacht, vermögen wir uns vor dem drohenden Abgrund zu retten.

Minister Lipinski über die Landtagswahl in Sachsen.

Die Landtagswahl in Sachsen wird in der sächsischen Staatszeitung an leitender Stelle von dem Minister des Innern Lipinski behandelt. Nach einem sorgfältig durchgearbeiteten Vergleich der Wahlen zur Volkstammer, zum Reichstag und zum Landtag geht der Minister dazu über, die Verdienste aufzuzählen, die sich die sozialistische Regierung Sachsens nach seiner und seiner Partei Meinung erworben hat. Dieser Abschnitt der Ausführungen lautet:

Die kommende Landtagswahl findet aber unter ganz anderen Voraussetzungen statt, als im Jahre 1920. Die sozialistische Regierung Sachsens hat den Beweis erbracht, daß sie die Interessen des Volkes, insbesondere der arbeitenden Masse, rechtlos gewahrt hat. Die Umstellung und der Ausbau der inneren Verwaltung die Demokratisierung der Verwaltung und Justiz, der Ausbau des Schulwesens, die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Sachsens und die Verringerung der Not der Arbeiter, Kriegsgeldbesitzer und Sozialrentner durch starke Einwirkung auf das Reich ist nachweislich geschehen worden. Wenn die Gemeindevorbereitung, welche die Demokratisierung der Gemeindeverwaltung bringen sollte, nicht verabschiedet werden konnte, so tragen hierfür die Kommunisten die Verantwortung. Auf dem Gebiet des Sozialwesens konnte die Landesregierung natürlich nichts durchsetzen, weil die Gesetzgebung des Reiches hindernd im Wege steht. Es sind aber auch hier Umstände gemacht worden, die den Boden eben für die Vergesellschaftung der Produktion. Das Staatswirtschaftsgesetz ermöglicht die Umstellung der Verwaltung staatlicher Werke und die Mitwirkung der Arbeiter bei der Verwaltung. Der Staat hat einen großen Anteil am Besitz der Kohle im Lande, und die elektrische Kraftenerzeugung ist fast ausschließlich in den Händen des Staates. Dazu kommt: Auf dem Gebiet der Personalpolitik ist eine außerordentliche Beschäftigung der republikanischen Einklassigen zu beobachten, und der neuen Staatsform widersprechende Elemente sind aus der Verwaltung entfernt worden. Die Wissenschaft konnte sich in Sachsen in unvorstellbare Weise ausbreiten und befruchten.

Siehe Technische Hochschule in Dresden. Der Minister des Bergbaus beweist, welche hohen Werte dieser auf die Erhaltung und Beherrschung der Staatsgewalt legt. Um so wichtiger das Bestreben der Kommunisten, dem Bürgerblock Vorspann zu lassen, um die sozialistische Regierung zu führen.

Der Artikel beschäftigt sich dann mit der Herrschaftenden Rolle und erklärt, daß der Bürgerblock im Gemeinwohl mit den Kommunisten auf diese Bestreben und insbesondere die Frauen zu gewinnen soll, indem er die Schuld an der Teuerung, die der Krieg und die verfallene Wirtschaftswelt verursacht hätten, auf die sozialistische sächsische Regierung schiebe. Zum Schluss gibt der Minister aber der Meinung Ausdruck, daß nicht nur eine bürgerliche Mehrheit bei den Landtagswahlen ausgeschlossen sei, sondern daß sogar eine rein sozialistische Mehrheit, frei von bürgerlichem und kommunistischem Einfluß, bei unermüdlicher Wahlarbeit im Bereiche der Möglichkeit liegt.

Das Wahlsystem ist allemal eine undankbare Sache, da es leicht anders kommt, als man denkt. Der Bürgerblock fußt bei den kommenden Wahlen auf gutem Grunde und kann mit der denkbar größten Aufmerksamkeit in den Wahlkampf eintreten, indem er sich bemühen wird, es der sozialdemokratischen Verboerbeit, zu der der Artikel der Staatszeitung auffordert, nicht nur gleichgültig, sondern sie an zielbewußter Energie noch zu überreffen. Es kommt alles auf den Erfolg an, und erst der Ausfall der Wahl wird zeigen, wer recht behält. Die Aussichten der bürgerlichen Parteien sind auf jeden Fall so gut, daß sie eine besondere Spekulation auf die Teuerung gar nicht nötig haben.

Teuerung und Preisbildung.

Eine Aussprache im sächsischen Wirtschaftsministerium.

Das sächsische Wirtschaftsministerium hatte am Donnerstag die Spitzenvertretungen von Industrie, Groß- und Kleinhandel, die Verbraucherkammer, sowie Vertretungen der Arbeiter, Angestellten- und Beamtenvereinigungen zu einer Sitzung ins Ministerialgebäude zusammenberufen. Der Vorsitz führte Wirtschaftsminister Fellisch. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei verbreitet über die Sitzung folgenden Bericht: Die mehrstündigen, ersten und streng sachlichen Beratungen ließen erkennen, daß der vom Wirtschaftsministerium schon jetzt angenommene Standpunkt auch der Standpunkt der Konferenz war, daß nämlich bei der Festsetzung des Verkaufspreises es nicht mehr haltbar sei, nach dem Grundgesetz zu verfahren, daß nur Beschaffungspreis zuzüglich eines angemessenen Gewinnes statthaft sein dürfte. Geldentwertung, ständiger Geldkurswechsel und die ungemene Preissteigerung bei der Wiederbeschaffung von Waren legen das zwingende Gebot auf, den Wiedererstellungspreis in angemessener Weise bei der Festsetzung des Verkaufspreises mit zu berücksichtigen, wenn die Volkswirtschaft nicht zum Stillstand kommen soll. Dagegen lehnte die Sitzung in Uebereinstimmung mit dem Wirtschaftsministerium die Wünsche einzelner Kreise ab, die bei der Festsetzung des Verkaufspreises in unbeschränkter Weise nur den Wiederbeschaffungspreis kalkulieren wollen. Sehr stark legte sich in der Sitzung die Meinung durch, daß die Hauptschuld an ungerechtfertigter Teuerung von Waren nicht den Kleinhandel treffe, sondern daß es vor allem geboten erscheine, daß das Reich sich ein Kontroll- und Mitbestimmungsrecht über die Preisbildung bei den großen Syndikaten, Kartellen und Ringen verschaffe. Dieser Ansicht schloß sich auch der sächsische Wirtschaftsminister an, zumal ja heute kaum noch von der normalen Bildung eines Marktpreises gesprochen werden kann, weil die Kartelle im wahrsten Sinne des Wortes zu Preisbildnern geworden sind. Namhafte Vertreter des Kleinhandels beklagten sich darüber, daß heute über Preise und Kaufbedingungen mit dem Kleinhandel überhaupt nicht mehr verhandelt würde, sondern daß der Kleinhandel sich einfach dem Marktpreis der Großindustrie, Kongerne usw. zu unterwerfen habe. Mit dem Kleinhandel ist es heute bereits so weit gekommen, daß er an hohen Preisen kein Interesse mehr haben kann, weil sich in der Praxis schon herausstellt, daß die Kaufkraft der Masse dem Verbraucher nicht mehr ausreicht, um die angebotenen Waren abzunehmen.

Die Sitzung nahm mit Befriedigung von der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums Kenntnis, daß die sächsische Landespreisprüfstelle angewiesen worden sei, nicht in kleinlicher Weise den Kleinhandel zu verfolgen, sondern ihn nur weiter streng auf alle kaufmännische Praxis und Preisbildung zu beobachten, im übrigen aber ihr Augenmerk auf die Preissteigerungen in den Erzeugungsektoren richten solle. Das Wirtschaftsministerium bereitete zurzeit in Uebereinstimmung mit dem Justizministerium eine engere Verbindung zwischen Rechtsprechung und wirtschaftlicher Praxis vor. Zu diesem Zweck ist beabsichtigt, vorläufige Personen (Staatsanwaltschaftsbeamte) vorübergehend auf längere Zeit in die Landespreisprüfstelle